

An das
Bundesministerium für Land-
und Forstwirtschaft, Umwelt
und Wasserwirtschaft
Stubenring 1
1012 Wien

Wien, 17. April 2007
GZ 300.112/006-S4-2/07

**Betrifft: Entwurf einer Novelle zum AWG 2002;
Begutachtung und Stellungnahme**

Der Rechnungshof bestätigt den Erhalt des mit Schreiben vom 5. März 2007, Zl. BMLFUW-UW.2.1.6/0018-VI/2/2007, übermittelten Entwurfs einer **Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz** und teilt mit, dass aus der Sicht der Rechnungs- und Gebärungskontrolle keine inhaltlichen Einwendungen gegen die vorgesehenen Maßnahmen bestehen.

Die Darstellung der **finanziellen Auswirkungen** dieser neuen rechtsetzenden Maßnahme erscheint dem Rechnungshof insgesamt sehr übersichtlich und daher gut nachvollziehbar. Der Rechnungshof vermisst darin lediglich jene Aufwendungen, die den Ländern aufgrund ihrer Verpflichtungen nach dem neuen § 22a Abs. 1 AWG laufend entstehen werden.

Von dieser Stellungnahme werden u.e. 25 Ausfertigungen dem Präsidium des Nationalrates und zwei Ausfertigungen dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

Der Präsident:
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.: